

RESOLUTION

an die österreichische Bundesregierung betreffend Aufnahme von
schutzbedürftigen Kindern aus dem Lager Moria

#Menschbleiben

DRINGLICHKEITSANTRAG

der SPÖ Fraktion gemäß § 25 Abs. 2 NÖ STROG

zur Behandlung in der öffentlichen Sitzung des

Gemeinderates der Stadt Wiener Neustadt am 21. September 2020

Aufgrund der Untätigkeit der EU-Mitgliedsstaaten, die auch nach 2015 keine gemeinsame, effiziente Asyl- und Migrationspolitik umgesetzt haben, sind die Zustände in den Lagern für AsylwerberInnen und MigrantInnen auf den griechischen Inseln schon seit Jahren nicht menschenwürdig.

Laut UNICEF sind tausende Kinder und Jugendliche gefangen, viele haben ihre Eltern verloren, sind unbegleitet. Dazu kommt: Die hygienischen Zustände sind furchtbar, die Menschen leiden anstatt zu leben. Die COVID-19-Pandemie hat diese untragbaren Zustände noch weiter verschärft.

Negativer Höhepunkt dieser Entwicklung war der verheerende Brand im Lager Moria auf Lesbos, wo davor schon schlimmste Bedingungen geherrscht haben. Das Lager ist auf 3.000 Personen ausgerichtet, 16.000 sind untergebracht, es platzt aus allen Nähten. 1.300 Menschen müssen sich einen Wasserhahn teilen, haben keine Seife. Auf eine Toilette kommen in etwa 300 Menschen. Die Lage ist momentan so gefährlich, dass sich die Menschen nachts nicht mehr auf die Straße trauen. Die medizinische Versorgung ist ungenügend. Ein Leben in menschenunwürdigen Zuständen!

Um eine humanitäre Katastrophe auf dem Terrain der Europäischen Union zu verhindern, hätte das Lager schon längstens geräumt werden müssen. Für die EU, die sich in ihren Verträgen auch zu den Grundwerten der Menschenwürde und zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, ist das eine Schande.

Wir anerkennen selbstverständlich die Bemühungen der österreichischen Bundesregierung vor Ort zu helfen, gleichzeitig können wir aber nicht verstehen, weshalb man sich – teilweise mit zynischen Wortmeldungen – standhaft weigert, dem Beispiel anderer EU-Länder zu folgen und eine bestimmte Anzahl an unbegleiteten Kindern aufzunehmen.

Österreich ist ein reiches Land. Österreich ist ein hilfsbereites Land. Österreich ist ein gutes Land. Österreich fällt kein Stein aus der Krone, hier Größe zu zeigen.

Es geht um das Schicksal von Kindern.

Es geht um Anstand.

Es geht um Rückgrat.

Es geht um Menschlichkeit!

Die Unterfertigten stellen daher folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat beschließe:

Der Wiener Neustädter Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf, in europäischer Solidarität mit Griechenland und im Sinne der Menschlichkeit schutzbedürftige Kinder in Österreich aufzunehmen und an die bereit stehenden Kommunen zu verteilen, um ihnen Schutz, Hilfe und eine positive Lebensperspektive zu geben.

Begründung:

Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt mündlich.

Berichterstatter:

2. Vizebürgermeister Rainer Spenger